

Merkblatt 106

Betriebsprüfung

Die Finanzbehörden können durch Außendienstbeamte an Ort und Stelle die Richtigkeit der ihnen eingereichten Steuererklärungen überprüfen.

Der Betriebsprüfer kündigt sein Kommen mindestens zwei Wochen vorher durch eine schriftliche Prüfungsanordnung an. Geprüft werden i. d. R. die letzten drei Jahre, für die eine Steuererklärung abgegeben worden ist. Die Prüfung findet normalerweise in den Geschäftsräumen des Unternehmens, in Ausnahmefällen beim Steuerberater statt. Nur wenn beides nicht möglich ist, wird sie in den Räumen der Betriebsprüfungsstelle durchgeführt. Wenn der Prüfungszeitpunkt ungelegen kommt, kann eine Verlegung beantragt werden.

1. Möglichkeit der Selbstanzeige

Solange der Prüfer noch nicht erschienen ist, besteht die Möglichkeit einer Selbstanzeige.

Hat der Existenzgründer bewusst eine Steuererklärung mit unzutreffendem Inhalt abgegeben (z. B. betriebliche Einnahmen wurden ohne Rechnung privat vereinnahmt und nicht als Erlöse gebucht), besteht die Möglichkeit, das Finanzamt hiervon – am besten schriftlich – in Kenntnis zu setzen. Soweit sich daraus eine Steuernachforderung ergibt, muss diese beglichen werden. Der Vorteil der Selbstanzeige liegt darin, dass auf eine Bestrafung des Steuerpflichtigen wegen Steuerverkürzung verzichtet wird.

2. Prüfungsgegenstand

In der Prüfungsordnung ist im einzelnen geregelt, welche Steuerarten (i. d. R. Einkommen-, Umsatz-, Vermögen- oder Gewerbesteuer) für welche Jahre geprüft werden sollen.

Zu Beginn der Prüfung informiert der Prüfer darüber, welche Unterlagen er vorgelegt haben möchte (z. B. Sachkonten, Ausgangsrechnungen, Kassenbelege). Später kann er noch weitere Belege nachfordern (z. B. Lohnbuchhaltung, Verträge).

Zu Beginn der Prüfung sollte dem Prüfer eine Auskunftsperson benannt werden. Soweit sich Fragen ergeben oder weitere Belege vorgelegt werden sollen, muss sich der Prüfer an diese Person wenden. Da diese Aufgabe Chefsache ist, sollte sie vom Existenzgründer selber oder vom Steuerberater durchgeführt werden.

3. Inhalt der Prüfung

Die Einkommensteuerprüfung soll im wesentlichen sicherstellen, dass die Einnahmen vollständig erfasst und private Aufwendungen nicht als Betriebsausgaben abgezogen worden sind. Der Betriebsprüfer wird nicht jeden Vorgang untersuchen, sondern Prüfungsschwerpunkte bilden, je nachdem, welche Bereiche ihm im Sinne des Finanzamtes erfolgsträchtiger erscheinen.

Regelmäßig überprüft werden die Vollständigkeit der Betriebseinnahmen, die private Kfz-Nutzung, die Reise- und Bewirtungskosten, bei bilanzierenden Unternehmen auch die ausgewiesenen Bestände (Anlagevermögen, Warenbestand).

Im Rahmen der Schlussbesprechung berichtet der Prüfer über das Prüfungsergebnis. An der Schlussbesprechung nehmen der Existenzgründer, der Steuerberater und der Prüfer oder – sofern erforderlich – weitere Personen teil.

Die Schlussbesprechung selbst bietet die Möglichkeit, in einem bestimmten Rahmen Kompromisse einzugehen. Da einige Vorschriften des Steuerrechts nicht immer ganz eindeutig sind, schließt der Prüfer bei manchen steuerrelevanten Vorgängen auf eine ungünstigere Besteuerungsvariante. Im persönlichen Gespräch ist bei konstruktiver Grundeinstellung eine Einigung über die zutreffende Interpretation des Sachverhalts meist schnell erzielt.

Diese Chance sollte soweit wie möglich genutzt werden, da jede gütliche Einigung billiger ist als Prozesse.

Besteht der Verdacht auf eine vorsätzliche Steuerverkürzung oder Steuerhinterziehung, wird vom Prüfer ein strafrechtlicher Hinweis erfolgen. Dies führt dazu, dass von einer gesonderten Stelle überprüft wird, ob ein Straf- und Bußgeldverfahren einzuleiten ist. Bei offensichtlicher Steuerhinterziehung leitet der Prüfer selbst ein Steuerstrafverfahren ein. Hiervon muss der Existenzgründer in Kenntnis gesetzt werden.

(Quelle: Sparkassen-Broschüre)